

# Zürich

**Velogant** Für einmal ist eine Auktion für den Pfändungsbeamten eine heitere Veranstaltung. 15

## Integration behindern statt fördern

**Asylfürsorge** Seit einem Jahr erhalten vorläufig aufgenommene Ausländer weniger Geld vom Staat, wenn sie bedürftig sind. Jetzt zeigt sich: Etliche Gemeinden nutzen den Systemwechsel, um auch bei der Integration zu sparen.

Liliane Minor

Zwischen den Zürcher Gemeinden öffnet sich eine Kluft: Die einen bemühen sich um Integration. Die anderen ziehen die Sparschraube an. Auslöser ist der Volksentscheid vom 24. September 2017. Seither erhalten vorläufig aufgenommene Ausländer (Status F) keine Sozialhilfe mehr, wenn sie auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, sondern nur noch Asylfürsorge. Eine Einzelperson bekommt damit knapp 700 statt wie bisher rund 986 Franken pro Monat, eine vierköpfige Familie statt 2110 noch 1470.

Manche Gemeinden reduzieren aber nicht nur den Grundbedarf. Das zeigte ein erster Bericht der Monitoring- und Anlaufstelle für vorläufig aufgenommene Personen (MAP-F) bereits im vergangenen August. Dutzende Personen mit Status F mussten ihre Wohnungen verlassen und in Kollektivunterkünfte umziehen, weil die Gemeinden die Miete nicht mehr zahlten.

Nun hat MAP-F einen zweiten Bericht erstellt, der heute veröffentlicht wird. Demnach wächst die Kluft zwischen den Gemeinden. Denn gespart wird auch bei der Integration – obwohl die Gemeinden verpflichtet sind, vorläufig Aufgenommenen dieselben Integrationsleistungen anzubieten wie Menschen mit Aufenthaltsbewilligung.

### 15 Personen, eine Küche

Da ist zum Beispiel die siebenköpfige syrische Familie Mohammed (Name geändert). Eine im Bericht nicht namentlich genannte Gemeinde quartierte die Mohammads in drei Zimmern einer Flüchtlingsunterkunft ein; die Liegenschaft teilte die Familie mit einer weiteren, fünfköpfigen Familie sowie drei Einzelpersonen, eine von ihnen psychisch angeschlagen und aggressiv. Den 15 Personen stand eine Küche zur Verfügung. Das Badezimmer teilten sich zehn Leute. Einen Internetanschluss gab es nicht.

Privatsphäre hatte die Familie kaum. Die vier schulpflichtigen Kinder der Mohammads fühlten sich derart unsicher, dass der Älteste seinen Geschwistern riet, mit einem Messer unter dem Kissen zu schlafen. Das Haus, das von der Firma ORS betreut wird, ist nicht abschliessbar, damit



Eine vorläufig Aufgenommene erhält nur noch 700 statt wie bisher 986 Franken im Monat. Foto: Keystone

Mitarbeiter und Polizei jederzeit Zutritt haben.

Die Familie hoffte auf Besserung, als der Vater eine Anstellung fand. Auf dem Papier hatte die Familie nun 500 Franken mehr pro Monat zur Verfügung. Umso grösser die Enttäuschung, als die Behörden davon 400 Franken Quellensteuer abzogen. Dazu kamen Kosten für den öffentlichen Verkehr und die auswärtige Verpflegung – statt 500 Franken mehr hatten die Mohammads nun rund 200 Franken weniger zur Verfügung.

«Dies widerspricht sowohl dem Grundsatz der Sozialhilfe, wonach die berufliche Integration gefördert werden soll, wie auch der Forderung nach wirtschaftlicher Selbstständigkeit an die Familie», heisst es im Bericht. In der Sozialhilfe hätte die Familie Anspruch auf eine Vergütung der Transport- und Verpflegungskosten. Auch hätte die Gemeinde oder ORS den Mann darauf aufmerksam machen müssen, dass die Quellensteuer erlassen werden kann.

Die Firma ORS ist sich keiner Fehler bewusst. Mediensprecher Lutz Hahn hält fest, dass die Firma überall dieselben Grundsätze anwende: «Wir setzen in der Betreuung und Integration von uns anvertrauten Menschen auf hohe Qualitätsstandards.» Aber: «Die Verfügungshoheit liegt dabei bei den Gemeinden.» Die Familie Mohammed habe kurzfristig untergebracht werden müssen: «Der Wohnraum wird den Personen von den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Dabei kann es insbesondere in Notsituationen vorkommen, dass die Liegenschaften nicht optimal den Bedürfnissen der zugewiesenen Personen entsprechen.»

### Kluft wächst

Ein Einzelfall ist die Familie Mohammed nicht. Das zeigen weitere Beispiele aus dem Bericht. Da ist jene junge Mutter, die eine Lehrstelle fand und das Sozialamt um eine Übernahme der Betreuungskosten bat. Die Antwort: Sie habe sich fürs Kind entscheiden und damit keinen Anspruch auf berufliche Integration. Oder jene Ehefrau, die im Gegensatz zu ihrem Mann keinen Deutschkurs bezahlt bekam, weil sie auf die Kinder aufpassen müsse. Ein angehende Lehrling konnte seine Stelle beinahe nicht antreten,

weil sich das Sozialamt anfangs weigerte, einen Vorschuss von 300 Franken für die nötige Unterstützung zu zahlen.

Moritz Wyder, Geschäftsführer von MAP-F, findet das auch angesichts der Argumente im Abstimmungskampf irritierend: «Damals hiess es, ein tieferer Grundbedarf steigere den Anreiz, Arbeit zu suchen. Jetzt aber legen manche Gemeinden den Betroffenen aktiv Steine in den Weg.» Die Kluft zwischen den Gemeinden wachse: Städte wie Zürich unterstützten vorläufig aufgenommene Personen intensiv, andere verstünden den Systemwechsel als Sparauftrag. Was die Sache für die Betroffenen erschwert: Sie dürfen, solange sie von Hilfe abhängig sind, nicht in eine andere Gemeinde umziehen. «Es braucht deshalb unbedingt griffige Regeln und Minimalstandards», sagt Wyder.

### Bern will Integration stärken

Nina Gilgen, Leiterin der kantonalen Fachstelle Integration, sagt: «Es gab schon früher Unterschiede bei der Finanzierung von Integrationsmassnahmen, aber seit dem Systemwechsel haben sie sich offenbar verschärft.» Deshalb brauche es übergeordnete Vorgaben. Gilgen setzt auf die Bemühungen des Bundes. Am 1. Mai tritt die neue Integrationsagenda in Kraft, die von Bund und Kantonen gemeinsam verabschiedet wurde. Sie bringt eine höhere Integrationspauschale: Statt wie bisher 6000 erhalten die Kantone von Bund neu 18000 Franken pro Person. Voraussetzung ist unter anderem, dass Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene gleichermaßen gefördert werden.

Für Jörg Kündig, FDP-Kantonsrat und Präsident des Gemeindepräsidentenverbands, ist die erhöhte Pauschale zwar erfreulich, aber nie und nimmer ausreichend. Die Gemeinden würden alleingelassen. Verbindlicheren Regeln erteilt er eine Absage: «Bei den Integrationsleistungen können jetzt individuelle Lösungen gefunden werden.» Den Vorwurf, dass manche Gemeinden auf dem Buckel der Betroffenen sparen, lässt er nicht gelten: «Aus meiner Sicht wird jeder einzelne Fall beurteilt, und dann fällen die zuständigen Behörden die ihnen angemessenen scheinenden Entscheide.»

## Die Zürcherinnen und Zürcher erhalten eine echte Auswahl fürs Stöckli

**Analyse** Mit der Kandidatur der Grünliberalen Tiana Angelina Moser werden die zwei Bisherigen ernsthaft herausgefordert. Gut so.

Eben noch schien die Wiederwahl der zwei bisherigen Zürcher Ständeräte im Herbst reine Formsache zu sein: Ruedi Noser (FDP) und Daniel Jositsch (SP) leisten solide Arbeit. Das Gespann aus Unternehmer und Ingenieur einerseits sowie Arbeitnehmervertreter und Jurist andererseits ergänzt sich. Man harmoniert und verhält so einigen Zürcher Anliegen in Bundesbern zum Durchbruch. Entsprechend entspannt stiegen die beiden in den Wahlkampf. Im «Tages-Anzeiger»-Interview verglichen sie sich

scherzhaft mit den Rolling Stones. Ein Duo, eingespielt wie alte Rocker, unermüdet und erfolgsvorwöhnt.

Doch nun erhalten die Bisherigen ernsthafte Konkurrenz: Tiana Angelina Moser steigt ins Rennen. Die Grünliberale will nach zwölf Jahren im Nationalrat ins Stöckli wechseln, wie sie in der NZZ bekannt gab. Die GLP-Fraktionspräsidentin hat das politische Gewicht, die Bekanntheit und das Profil, um Stimmen im bürgerlichen und im rot-grünen Lager zu holen.

Damit könnte sie in einem zweiten Wahlgang vor allem Noser gefährlich werden.

Moser positioniert sich politisch zwar nicht völlig anders. Sie steht auch für eine offene Schweiz, befragt ein Rahmenabkommen mit der EU und sorgt sich um den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Zürich. Als Grünliberale dürfte sie jedoch von der allgemeinen Klimaeuphorie profitieren. Mit der bald vierfachen Mutter wäre Zürich vier Jahre nach dem Rücktritt von Mosers Parteikollegin

Verena Diener zudem wieder mit einer Frau im Stöckli vertreten; angesichts der Tatsache, dass bis auf die Thurgauerin Brigitte Häberli (CVP) alle heutigen Ständerätinnen auf den Herbst zurücktreten und der kleinen Kammer ein dramatisches Geschlechterungleichgewicht droht, ein nicht zu unterschätzender Faktor. Schliesslich repräsentiert die 40-Jährige, die mit ihren Kindern in der Stadt Zürich lebt, einen jüngeren und urbaneren Kanton als die beiden über 50-jährigen Herren.

Der Wahlkampf verspricht damit also doch noch Spannung. Die Zürcher Stimmberechtigten erhalten fürs Stöckli eine echte Auswahl. Das ist gut so. Neben Noser, Jositsch und Moser bewerben sich auch die kantonalen Präsidentinnen von CVP und Grünen, Nicole Barandun und Marionna Schlatter. Und mit Roger Köppel tritt schliesslich ein erklärter EU-Kritiker und Klimaskleptiker an. Der streitbare SVP-Nationalrat und «Weltwohler»-Verleger dürfte seiner Partei zwar vor allem als

Stimmungsmacher dienen. Die Wahlchancen stark polarisierender Kandidaten sind in einem Majorzsystem gering; daran sind schon andere SVP-Grossen wie Christoph Blocher und Ueli Maurer gescheitert. Lockere Sprüche dürfte Noser und Jositsch für die Wiederwahl aber kaum mehr reichen. Zürich erhält einen ernsthaften Wahlkampf ums Stöckli. Wie singt Mick Jagger so schön: «You Can't Always Get What You Want».

Judith Wittwer